



20. Februar 2013

Ökoverbände müssen solidarisch und sachlich bleiben

Bauernpräsident Walter Heidl zu den Forderungen nach 15 % Kürzungen für alle Bauern

München (bbv) – Beim EU-Sondergipfel haben die Staats- und Regierungschefs einen Finanzrahmen für die nächsten sieben Jahre beschlossen. Er sieht bei den Direktzahlungen der EU-Agrarpolitik (GAP) in den einzelnen EU-Staaten Kürzungen von bis zu zehn Prozent gegenüber dem Vorschlag der EU-Kommission vom Juni 2011 vor. „Die damit verbundenen Einschnitte für die Bauernfamilien in Bayern und ganz Europa sind schmerzlich“, erklärt Walter Heidl, Präsident des Bayerischen Bauernverbandes. „Ich verstehe nicht, wie Ökoanbauverbände nun gemeinsam mit einem Teil der Lebensmittelwirtschaft zusätzliche Kürzungen von bis zu 15 Prozent für alle Bauern fordern können. Die Direktzahlungen sind schließlich voll einkommenswirksam.“

Heidl regt deshalb dringend an, dass sich auch die Ökoanbauverbände solidarisch zeigen und bei der aktuellen Debatte um die Verteilung der EU-Gelder für die zweite Säule der Agrarpolitik für eine starke deutsche Mittelausstattung eintreten. Hier sei noch nichts entschieden. „Wir haben uns immer wieder erfolgreich für eine weitere Stärkung und zusätzliche Mittel für den Ökolandbau in Bayern eingesetzt“, erläutert Heidl. Der Bayerische Bauernverband stehe zu einer besonderen Unterstützung seiner ökologisch wirtschaftenden Mitgliedsbetriebe. Doch das Baukastenprinzip aus erster und zweiter Säule der EU-Agrarpolitik müsse beibehalten werden: „Bayern setzt dieses Konzept vorbildlich um und deshalb muss diese Ausgewogenheit von der Bayerischen Staatsregierung auch weiterhin gewahrt werden.“ In diesem Zusammenhang appelliert Heidl an die Ökoverbände zur Sachlichkeit zurückzukehren.